

Presseinformation

Kiel, den 27.04.2016

Es gilt das gesprochene Wort

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

Jette Waldinger-Thiering

**TOP 8 Entwurf eines Gesetzes zur Wiedereinführung der Schulübergangsempfehlung und zur Stärkung der Durchlässigkeit zwischen den Schularten
Drs. 18/3346 (neu) und 18/4088**

„Gerechte Bildungschancen und echte Durchlässigkeit erreicht man so sicher nicht“

Wir haben diesen Gesetzentwurf ja nicht nur hier, sondern auch im Ausschuss ausführlich diskutiert. Leider hat die FDP auch im weiteren Verlauf keine besonders überzeugenden Argumente geliefert, die für die Wiedereinführung der Schulübergangsempfehlung sprechen. Mittlerweile ist durch Pisa und Iglu hinlänglich bewiesen, dass diese Empfehlungen bei fast der Hälfte aller Kinder falsch lagen. Und warum war das so? Weil eben nicht nur die reine Leistung der Schülerinnen und Schüler als Grundlage für die Schulübergangsempfehlung herangezogen wurde.

Studien zeigen völlig eindeutig, dass viel zu oft auch die soziale Herkunft oder das Geschlecht diese wichtige Weichenstellung beeinflusst haben. In der Folge wurde die Empfehlung für den Besuch eines Gymnasiums für 20 Prozent mehr Mädchen als Jungen ausgesprochen. Und trotz gleicher Fähigkeiten hatten Ärztekinder eine dreifach höhere Chance, eine Gymnasialempfehlung zu bekommen als Arbeiterkinder. Auch wenn die FDP sicher ihre Gründe dafür hat, zu diesen Zuständen zurück zu wollen, muss ich für meine Partei eins klar sagen: Gerechte Bildungschancen und eine echte Durchlässigkeit im Bildungswesen sehen definitiv anders aus.

Natürlich ist die Frage nach Sinn und Zweck einer Schulübergangsempfehlung kontrovers. Deshalb findet man natürlich auch unter den Eltern Fürsprecher wie Kritiker. Doch auch wenn man es sich kaum vorstellen kann, ist eins nun mal Fakt: Es gibt Eltern, die sich ganz bewusst für das Modell des längeren gemeinsamen Lernens entscheiden. Nicht wenige halten den Weg zum Abitur an der Gemeinschaftsschule für den besseren für ihr Kind. Und viele sehen es auch ganz einfach als Mehrwehrt an, wenn Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam beschult werden. Ginge es aber nach der FDP, dann müssten erst einmal möglichst viele Kinder verbindlich in die Orientierungsstufe des Gymnasiums aufgenommen werden. Und nur wenn der Erste allgemeinbildende Schulabschluss als erreichbar angesehen wird, heißt die Empfehlung Gemeinschaftsschule. Wir dagegen wollen, dass Eltern frei wählen können.

Auch wenn es Teile der Opposition immer wieder behaupten, ist die Abschaffung der Schulübergangsempfehlung mitnichten ideologisch motiviert. Ausschlaggebend hierfür ist und bleibt der Wunsch, den Kindern die jeweils besten Chancen zu bieten. Es ist ganz einfach nicht möglich, schon im Grundschulalter das Leistungspotenzial eines jeden Kindes zu prognostizieren. Genau das will die FDP aber mit ihrem Entwurf erreichen. Und genau die Kinder, die später noch erhebliche Entwicklungssprünge machen, hätten damit dann Pech

gehabt. Noch einmal: Wir halten den Weg, vermeintlich Schwache frühzeitig auszusieben für falsch. Und wir halten es für verkehrt, wenn Kinder im Zweifel eine Erfahrung des Scheiterns machen sollen, statt einer des Aufstiegs.

Ziel dieser Koalition ist es, dass jede Schülerin und jeder Schüler unabhängig vom finanziellen und sozialen Status der Eltern den bestmöglichen Abschluss erreicht. Eigentlich sollte es in unser aller Interesse liegen, möglichst viele junge Menschen zu hochwertigen Abschlüssen zu führen. Natürlich brauchen wir hierfür Gemeinschaftsschulen und Gymnasien. Und natürlich ist es dann auch ratsam, den Schülerinnen und Schülern dabei keine Steine in den Weg zu legen.

Hinweis: Diese Rede kann hier ab den folgenden Tag als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuell/mediathek/index.html>